

«Richtungsstreit ist zu viel gesagt»

Baselbiet | Nationalrätin Daniela Schneeberger über den FDP-Ökokurs

Am vergangenen Sonntag scheiterte das CO₂-Gesetz an der Urne. Nimmt die FDP die Rücktrittsankündigung von Parteichefin Petra Gössi zum Anlass, um ihre Umweltpolitik «bürgerlicher» auszurichten? FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger (Thürnen) nimmt Stellung.

David Thommen

Frau Schneeberger, Parteipräsidentin Petra Gössi hat bei der Ankündigung ihres Rücktritts auf Ende Jahr gesagt, sie wolle sich mehr auf ihre berufliche Karriere konzentrieren. Ist das ein Tag nach dem Nein zum CO₂-Gesetz, das sie stark propagierte, glaubwürdig?
Daniela Schneeberger: Es gibt keinen Grund, weshalb sie nicht die Wahrheit sagen sollte.

Waren Sie überrascht? Oder stand ihr Rücktritt schon länger im Raum?
Ich hatte nichts geahnt und wurde am Montag überrascht. Aber nach fünf Jahren ist ein guter Moment, auch wenn ich es persönlich bedaure. Sie ist nicht nur die Parteipräsidentin, sondern für mich auch wie eine Freundin.

Frau Gössi hat der FDP 2019 einen Ökokurs verordnet. Zwar stimmte die Partei damals zu, doch wurde diese neue Ausrichtung auch mit Überzeugung mitgetragen?
Die Partei hat die neue Umweltstrategie mitgetragen – Parteileitung und Delegierte haben nach einer intensiven Diskussion zugestimmt. Aber es ist natürlich normal, dass es immer auch andere Meinungen gibt.

Aber die Basis hat nicht mitgezogen, wie die Abstimmung über das CO₂-Gesetz nun gezeigt hat. Ja, das muss man so sehen. Gewisse Massnahmen in diesem Gesetz widersprachen der liberalen Auffassung vieler unserer Wählerinnen und Wähler. Selbstkritisch muss man sagen, dass das Parlament insgesamt die Stimmung in der Bevölkerung unterschätzt hat. Die Vorlage war auch zu komplex und überladen.

Und Ihre Haltung? Sie sind nicht bekannt dafür, eine Freundin solcher komplizierter Regulierungen zu sein.
Ich habe mich immer wieder skeptisch geäussert, beispielsweise zur Flugticketabgabe, zur bürokratischen Geldumverteilung oder zu den Fondslösungen und Lenkungsabgaben in diesem Gesetz. Klar ist, dass wir für den Klimaschutz handeln müssen. Das Gesetz war letztlich ein Kompromiss. Ich habe mich mit Kritik zurückgehalten, weil sich unsere Spezialisten in der Fraktion stark engagiert haben, damit überhaupt ein Gesetz zustande kommt.

War es rückblickend gesehen nicht ein Fehler, sich zurückzuhalten, wenn ein solches Gesetz Ihren liberalen Grundwerten zuwiderläuft?
Manchmal muss man es einfach respektieren, wenn die eigene Partei hinter einer Vorlage steht, die einen selber nicht voll überzeugt. Bei uns waren es ja nicht nur die Delegierten und die Bundeshausfraktion, auch 22 kantonale Sektionen haben die Ja-Parole gefasst. Aus ebendiesem Respekt habe ich mich zurückgehalten. Wir hatten aber auch Exponenten in der Partei, die sich dezidiert gegen das CO₂-Gesetz geäussert haben ...

... wie zum Beispiel den Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen ...
... und weitere. Doch damit liefert man auch immer die Grundlage dafür, dass unsere Partei medial an die Kasse kommt und behauptet wird, wir seien gespalten oder völlig zerrissen, was nicht zutrifft.

In den Medien war zu lesen, dass die FDP-Fraktion ein etwas «wilder Haufen» sei, wo jeder sage, was er gerade wolle ...
Es stimmt, dass es innerhalb unserer liberalen Partei ein recht breites Spektrum an Meinungen gibt, was ich auch gut finde. Uns als «wildem

«Wir sollten künftig pointierter politisieren»: FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger (53).

Bild zvg



Haufen» zu bezeichnen, halte ich aber für stark übertrieben. Wir finden in vielen Fragen jeweils einen Konsens.

Aus heutiger Sicht: War es ein Fehler von Petra Gössi, der Partei 2019 diesen Ökokurs zu verordnen?

So kann ich das nicht sagen. Vielleicht war die Art und Weise der Kommunikation damals nicht ideal. Wir haben die Themen Umwelt und Klima in der FDP auch zuvor nie ausgeklammert – die Umweltstrategie war für uns also nichts komplett Neues. Vielleicht liessen Parteileitung und Delegierte sich damals aber vom gerade herrschenden grünen «Hype» zu sehr mitreissen. Mit dieser stark beachteten Umweltstrategie haben wir uns in einer gewissen Weise den Weg verbaut, punktuell die jeweils besten Lösungen für uns zu finden.

Wird es mit der Neubesetzung des Präsidiums einen Umwelt-Richtungsstreit in der FDP geben?
Ein Richtungsstreit wäre zuviel gesagt. Aber natürlich muss der Rücktritt von Petra Gössi zum Anlass für eine wirklich breite Auslegung genommen werden. Wir brauchen eine grosse Aussprache über den künftigen Kurs. Die Richtung muss für alle eingermassen stimmen.

Wo soll es Ihrer persönlichen Meinung nach durchgehen?
Die Schweiz hat sich zum Pariser Klimaabkommen bekannt, daran werden wir nicht rütteln. Wir brauchen nach dem vergangenen Sonntag aber liberalere Ansätze und Instrumente, als dies das CO₂-Gesetz vorgesehen hatte. Wir müssen kleinere Schritte machen, damit wir die Unterstützung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bekommen. Und vor allem müssen wir auf Technologie, Fortschritt, Innovation und Anreize setzen. Ohnehin machen Bevölkerung und Wirtschaft bereits heute sehr viel, um sich umweltfreundlich zu verhalten. Da braucht es gar keine komplizierten, überladenen Gesetze.

Schaut man als FDP-Nationalrätin manchmal etwas neidisch auf die SVP, der es sozusagen im Alleingang gelungen ist, eine solche Vorlage wie das CO₂-Gesetz zu bodigen?

Nein, das ist kein Thema. Und: Die SVP hat im Abstimmungskampf betont, dass sie nicht gegen den Klimaschutz ist. Sie hat gesagt, dass sie Hand dazu bieten will, dass Teile des CO₂-Gesetzes wieder neu aufgegleist werden. Es ist wichtig, dass die bürgerlichen Parteien in dieser Phase gut zusammenarbeiten. Linke und Grüne haben ihrerseits gemerkt, dass dem Volk viele ihrer Ideen zu weit gehen. Auch sie werden einen Schritt auf uns zugehen müssen.

Sollte die FDP künftig ohnehin wieder besser mit der SVP zusammenarbeiten und sich weniger in Richtung Mitte orientieren?

Wir arbeiten in den meisten Fragen heute schon gut mit der SVP zusammen. Die Bürgerlichen und die Mitte müssen zusammenspannen, um Vorlagen zu schaffen, die vor dem Volk bestehen können.

Ist das nicht schwierig? Ausgerechnet die Mitteparteien wie die Grünliberalen schielen stets auf die Wählerschaft der FDP ...

Schaut man das Abstimmungsverhalten gerade in Wirtschaftsfragen an, konnte ich bis jetzt noch nicht feststellen, was «liberal» genau bedeuten soll. Da haben wir es ganz klar mit einer linken Partei zu tun.

Die GLP schafft es immer wieder, sich in den Medien prominent Gehör zu verschaffen – zuletzt, als es ums Rahmenabkommen mit der EU ging. Ja, sie haben sich über den Abbruch der Verhandlungen lautstark empört. Rezepte haben sie aber nicht anzubieten, nicht ein einziges!

Richtige Rezepte hat in dieser Frage auch die FDP nicht.

Das sehe ich nicht so. Wir haben schon vor dem Verhandlungsabbruch mit unserem Dreisäulenmodell Lösungsansätze eingebracht und kommuniziert. Vielleicht wurden diese einfach zu wenig zur Kenntnis genommen. Allerdings muss man schon unterscheiden: Die Verhandlungen mit der EU sind Aufgabe des Bundesrats, nicht des Parlaments und schon gar nicht allein der FDP.

Die Freisinnigen haben mit ihrem Bundesrat Ignazio Cassis eine besondere Verantwortung ...
Nein. Es ist ganz klar Sache des Gesamtbundesrats. Der Gesamtbundesrat hat entschieden und nicht Herr Cassis! Bundespräsident Parmelin hat Brüssel die Absage in der Konsequenz kommuniziert. Im Bundesrat hat es auch zwei SP-Mitglieder. Warum spricht heute niemand von diesen? Auch die SP hatte in den Verhandlungen ganz dezidiert ihre roten Linien. Die SP fordert nun als Konsequenz gleich den EU-Beitritt. Zuerst stellten sie also bei den Verhandlungen den Lohnschutz über alles und jetzt denken sie offensichtlich, dass dieses Thema mit einem Beitritt besser gelöst sei. Das kann ich nicht nachvollziehen.

Zurück zu Petra Gössi: Wen wünschen Sie sich als Nachfolgerin oder als Nachfolger?
Dazu werde ich mich noch nicht äussern. Jetzt muss eine Findungskommission einberufen werden, die ein Profil erarbeitet.

Anders gefragt: Wünschen Sie sich jemanden, der eine «bürgerlichere» Richtung als bisher einschlägt?

Das wäre schon mein persönlicher Wunsch. Natürlich muss man stetig mit anderen Parteien zusammenarbeiten, um gute Lösungen zu finden. Wir sollten künftig aber pointierter politisieren.

... und morgen in der «Volksstimme»

Abschaffen. Am 19. Juni 1821 ist Peter Ochs gestorben, also vor 200 Jahren. Ochs hatte einst dazu beigetragen, die Leibeigenschaft abzuschaffen. Dank ihm wurde die Besserstellung der Bevölkerung im heutigen Baselbiet erreicht. Eine Würdigung.

Anpassen. Der Baselbieter Finanzdirektor Anton Lauber legt seine Pläne für eine Steuer-gesetzrevision dar. Es geht um die Neubewertung der Liegenschaften.

Aufmachen. Diese Sportart wird weltweit immer beliebter. Mitten in diesem Boom eröffnet am kommenden Samstag im Orma-linger Maloya-Areal eine Crossfit-Box.



Die Zeitung für das Oberbaselbiet.

NACHRICHTEN

Gemeinderechnung mit einer Punktlandung

Reigoldswil | Das nennt sich Punktlandung: Das Budget 2020 der Einwohnergemeinde Reigoldswil hatte ein Minus von 241 250 Franken vorgesehen. Am Montag hat die Einwohnergemeindeversammlung nun bei Ausgaben von 7 527 000 Franken einen Aufwandüberschuss von 245 000 Franken einstimmig genehmigt. Ebenfalls einstimmig erteilten die Reigoldswilerinnen und Reigoldswiler dem Gemeinderat die Kompetenz, das alte Schützenhaus zu verkaufen. Schliesslich genehmigte die Versammlung das Reglement Öl- und Gasfeuerungskontrolle ohne Gegenstimme. Die Reigoldswiler Bürgergemeindeversammlung bewilligte im Anschluss bei einem Aufwand von 1 486 000 Franken einen Aufwandüberschuss von 91 000 Franken. vs.

Höhere Ausgaben, weniger Einnahmen

Nusshof | Die Einwohnergemeindeversammlung Nusshof hat die Rechnung 2020 genehmigt. Diese schliesst mit einem Aufwandüberschuss von etwas mehr als 220 000 Franken ab; dies bei einem Gesamtaufwand von knapp 1,1 Millionen Franken. Für das Minus sind einerseits höhere Ausgaben verantwortlich, andererseits flossen weniger Steuereinnahmen als budgetiert in die Gemeindekasse. Die Finanzlage bereitet in Nusshof mittlerweile grössere Sorgen. Die Einwohnerinnen und Einwohner sind aufgerufen, Sparideen zu entwickeln und dem Gemeinderat zur Prüfung einzureichen. Wegen der coronabedingten Abstandsvorschriften wurde die Gemeindeversammlung, an der 28 Personen teilnahmen, zum zweiten Mal in der Nachbargemeinde Wintersingen abgehalten. vs.

Rückerstattung bei Saisonkarten

Waldenburg | Aufgrund der verspäteten Eröffnung des örtlichen Schwimmbads hat der Waldenburger Gemeinderat beschlossen, denjenigen Personen, die eine Saisonkarte erworben haben, zusätzlich 20 Prozent des effektiven Verkaufspreises zurückzuerstatten. Dies teilt die Gemeinde mit. Die Rückerstattung erfolge in Form eines Gutscheins, der beim Kiosk im Schwimmbad eingelöst werden könne. Die Gutscheine würden in den nächsten Tagen versandt. Grund für die verspätete Eröffnung des Freibads waren Betonschäden am Schwimmbecken. Zuvor gab es bereits im April die Saisonkarten mit 10 Prozent Rabatt zu kaufen. vs.